

3. Jahrgang

Die Lage mit Deutschland in kritischem Zustande!

Der deutsche Botschafter angeblich stark bemüht, Deutschland zu veranlassen, auf die Wilson Forderungen einzugehen!

Die englische Presse der Ansicht, daß Deutschland Wilson's Forderungen ablehnen wird!

Der Wortlaut des Wilson'schen Ultimatus an Deutschland!

Washington, 20. April. — Die Deutschland überlieferte Note ist in Wahrheit ein Ultimatum, in dem es ein „entweder-oder“ stellt. Entweder muß Deutschland den Landboottkrieg in seiner jetzigen Fassung aufgeben, oder die Ver. Staaten werden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abbrechen, wie aus dem unten angegebenen Wortlaut der Note klar ersichtlich ist. Sehr wahrscheinlich ist es, daß ein Abbruch der Beziehungen eine Kriegserklärung nach sich führen mag. Washington, 20. April. — Der deutsche Botschafter, Graf v. Bernstorff, sandte gestern Abend nach der deutschen Regierung eine lange Depesche, in welcher er die hiesige Situation ausführlich erörterte. Der Botschafter soll, wie verlautet, dem deutschen auswärtigen Amt erklärt haben, daß die amerikanische Regierung meine, was sie sage, und daß nur eine schnelle Aufgabe Deutschlands einen Bruch in den diplomatischen Beziehungen verhindern könne. Er soll darauf hingedeutet haben, daß es für Deutschland möglich sein dürfte, den Forderungen des Präsidenten Wilson zu geneigen, und daß eine Erklärung von diejenige vom 7. Januar betreffs des Landboottkrieges im Mittelatlantischen Meere, wenn sofort erlassen, die hiesige Regierung befriedigen würde. Da die damalige Note besagte, daß kein Passagier- oder Frachtschiff ohne Warnung angegriffen werden soll, außer es leistet Widerstand, oder versucht zu entfliehen, und daß Passagiere und Besatzung in Sicherheit gebracht werden, ehe das Schiff versenkt wird. Jeder Kommandant eines Landbootes, der diese Regeln übertreibt, soll bestraft und Schadenersatz soll geleistet werden. Heute, welche mit der deutschen Botschaft in nahe Berührung kommen, sagen, daß Graf von Bernstorff erklärt habe, er glaube, daß irgend ein Weg gefunden wird, einem Bruch vorzubeugen. Bernstorff wird Lanfing sprechen. Wie es heißt, wird Graf von Bernstorff noch im Laufe des heutigen nachmittags mit Sekretär Lanfing eine Besprechung haben. Nachdem die Note an Deutschland jetzt abgeschickt ist, wird Lanfing jedenfalls auf eine Besprechung der Lage, welche er Dienstag dem Botschafter vorlegte, eingehen. Im Staatsamt wird erklärt, daß die gegenwärtigen Verlehn an die Kommandanten der deutschen Landboote erst zurückgezogen werden müssen, und daß der Landboottkrieg nur auf Kriegsschiffe beschränkt werden muß, ehe Verhandlungen über eine neue Landboottkriegsregelung auf Handelschiffe begonnen werden können. Der Wortlaut der Note. Sie sind hiermit beauftragt, dem Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten folgende Note zu überreichen: Ich habe Euer Excellenz Note vom 10. dieses Monats betreffs gewisser Angriffe deutscher Landboote, und besonders der verhängnisvollen Exploitation auf dem französischen Dampfer „Suffler“ am 24. März sofort telegraphisch weiterbefördert und habe hiermit die Euer Excellenz unter Instruktionen meiner Regierung folgende Antwort zu überreichen: Seit im Besitz der Regierung der Ver. Staaten befindliche Informationen stellen völlig die Tatsache im „Suffler“-Fall fest, und die Forderungen, welche meine Regierung aus diesen Informationen gezogen hat, betrachtet dieselbe durch die in der Note Eurer Excellenz vom

Das Wahlergebnis in Douglas County!

Eine Anzahl Demokraten und Republikaner zu ihren resp. Nennern wieder nominiert. Nachstehend bringen wir die Namen der Gewinner in Douglas County bei den am Dienstag stattgefundenen Primärwahlen: Kongreß — 2. Distrikt. Demokr. C. D. Robek. Republ. Ben S. Baker. Sheriff. J. J. McShane, jr. Michael Clark. Distriktsgerichts-Clerk. C. B. Moriarty. Robert Smith. County Surveyor. Lewis Adams. County Schatzmeister. M. A. Endres. E. G. Solomon. County Clerk. Charles E. Nelson. Frank Dewey. County Anwalt. G. A. Wagner. S. C. Murphy. County Sheriff. J. M. Fitzgerald. W. G. Snyder. County Superintendent. W. A. Joder. County Kommissär — 3. Distrikt. A. D. Compton. A. C. Hart. County Kommissär — 5. Distrikt. Jeff W. Bedford. Frank C. Best. Öffentlicher Verteidiger. P. C. Horton. W. H. Chambers. Polizeichef. J. M. Fitzgerald. C. E. Foster. J. J. Madden. Garvin B. Reed. Wasserwerkschefe. P. C. Seaton. A. V. Howell. Friedensrichter. S. Glen Moran. S. D. Claiborne. Richter des Distriktsgerichts. Unparteilich. George A. Day. Lee Etelle. A. C. Troup. Charles Leslie. Willis G. Sears. W. A. Redie. Arthur C. Wafels. County Richter. Bryce Crawford. Staats-Notar. Demokraten—Thomas Doctor, Edward C. Howell, John M. Lamer, John J. Moriarty, A. C. Strechlow. Republikaner—Harry J. Sadett, Bert C. Miner, F. A. Shotwell, John Macfarland, C. L. Saunders.

Tornado in Iowa, Minnesota u. Kansas

Mehrere Personen vermisst; über 20 verletzt; der angerichtete Sachschaden groß. Washington, 20. April. — Der Präsident W. B. Bailey von Pennsylvania, der Führer der Friedensfreunde im Repräsentantenhaus, er hielt gestern Nacht von Wm. J. Bryan aus St. Louis ein Telegramm, daß derselbe heute nachmittags in Washington eintreffen würde, um alles in seinen Kräften Mögliche zu versuchen, einen Krieg zu verhindern. Washington, 20. April. — Senator Norris von Nebraska erklärte gestern, daß er die geistige Ansprache des Präsidenten vor dem Kongreß für völlig nutzlos halte. Es habe kein Grund vorgelegen, dem Kongreß zu erzählen, was er bereits getan habe. Wenn er den Rat des Kongresses hören wollte, oder gewünscht hätte, daß dieser irgendwelche Schritte ergreifen sollte, wäre es etwas anderes gewesen. Die Haltung des Präsidenten sieht im vollständigen Widerspruch zu der Note vom 18. Januar, die durch Sekretär Lanfing betreffs Anzögerung von Handelschiffen und Landboottkrieg an die deutsche Regierung abgeschickt wurde, sagte der republikanische Abgeordnete Cooper, ein hervorragendes Mitglied des Hauskomitees für auswärtige Angelegenheiten. „Ich glaube, unsere Regierung sollte neutral bleiben“, sagte Abgeordneter Mann, Führer der Republikaner im Hause. „Der Präsident war nie neutral; er war stets auf der englischen Seite zu finden. Was er über Deutschland sagt, wenn dabei auch stark übertrieben, ist eine gerechte Klage. Er kann aber auch ganz genau dasselbe über England und unsere Schiffe sagen, indem er anstatt „Verlehn von Schiffen“ die Worte „Verlehnahme von Schiffen“ gebraucht. Es ist ein Fehler, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen. Es bedeutet weiter nichts, als sich in den Schmutzwinkel zurückziehen. Es ist klar ersichtlich, daß der Präsident durch einen kampagnepolitischen Seitenprung den Versuch macht, im Laufe der Wahlkampagne mit Deutschland einen Krieg vom Zaun zu brechen.“ Bundes Senator Stone sagt: „Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt für Nebraska da, seinen Verstand zu klären und nicht auf dem Gleichgewicht zu kommen.“ Wadsworth, republikanischer Bundes Senator von New York: „Ich glaube, der Präsident ist zu demagogisch, er eingeschlagen hat, Berechtigt.“ Repräsentant Flood, Vorsitzender des Hauskomitees für auswärtige Angelegenheiten, sagt: Die Abfendung der Note an Deutschland war eine so gelinde Stellungnahme, wie der Präsident überhaupt nur einnehmen konnte.“ Der republikanische Senator Kenyon von Iowa sagt: „Sollte Krieg aus Wilson's Ultimatum entstehen sollte, so hoffe ich, daß die ersten, welche sich einreihen lassen, diejenigen sind, die darauf bestanden, armierte Schiffe kriegsführender Nationen zu besitzen.“ „Ich glaube nicht, daß der Krieg, den Präsident Wilson eingeschlagen hat, zum Kriege führen wird.“ sagt Senator Chamberlain, Demokrat, Vorsitzender des Komitees für militärische Angelegenheiten. Sprecher Clark und der demokratische Führer Kitain enthielten sich über die Note des Präsidenten jeden Kommentars. Telegramme nach Washington. Washington, 20. April. — Kongreßmitglieder wurden mit Telegrammen überhäuft — hauptsächlich von Deutsch-Amerikanern, aber auch von anderen —, worin eindringlich darum ersucht wird, den Frieden mit Deutschland auf alle Fälle aufrecht zu erhalten. Unter den Republikanern wird scharfe Kritik an dem Verhalten des Präsidenten laut, weil derselbe keine republikanischen Mitglieder von Komitees für auswärtige Angelegenheiten zu Rate gezogen hatte, bis die Note nach Berlin abgeschickt war. Kongreßmann Cooper von Wisconsin zeigte unter denjenigen, die im Weißen Hause vortraten, große Unzufriedenheit über Herrn Wilson's Verfahren. Als er gefragt wurde, ob er im Repräsentantenhaus das Vorgehen der Republikaner zum Ausdruck bringen wolle, antwortete er: „Alle Tatsachen werden schon zu gehöriger Zeit zu Tage kommen.“ Washington, 20. April. — Die gestern von Präsidenten Wilson an beide Häuser des Kongresses gehaltene Ansprache lautete folgendermaßen: Meine Herren vom Kongreß! In den ausmätigen Beziehungen des Landes ist eine Situation eingetreten, worüber sie offen zu informieren, ich für meine Pflicht halte. Man wird sich erinnern, daß im Februar 1915 die kaiserliche deutsche Regierung ihre Absicht mitteilte, die Großbritannien und Irland umgebende Meere als Kriegszone zu betradten und alle Handelsfahrzeuge seiner Feinde, welche an irgend einer Stelle dieses Meeres an irgend einer Stelle dieses Meeres angetroffen werden würden, zu zerstören. Gleichzeitig warnte sie sowohl die in feindlichen wie neutralen Besitz befindlichen Schiffe, diesen oben beschriebenen Gefahren fern zu bleiben, andererseits würden sie dieselben auf eigene Gefahr befahren. Die Regierung der Ver. Staaten protestierte ernstlich hiergegen. Sie nahm den Standpunkt ein, daß solche eine Politik nicht verfolgt werden könnte, ohne das Gesetz der Nationen offen und augenscheinlich zu verletzen, besonders wenn Landboote zur Durchführung dieser Kriegsführung benutzt werden würden, da die von diesem Gesetz vorgeschriebenen Regeln, welche auf den Prinzipien der Humanität ruhen und zum Schutz der Leben von Nichtkämpfern zur See festgelegt wurden, in der Natur der Sache von solchen Fahrzeugen nicht befolgt werden könnten. Sie begründete ihren Protest auf der Voraussetzung, daß Personen neutraler Nationalität und Schiffe im neutralen Besitz dem anfechtbarsten und unentzerrlichsten Risiko ausgesetzt werden würden, und daß kein Recht, irgend einen Teil der Meere gegen die Befahren abzusperren, oder sie solchen Risiko auszusetzen, regelmäßig von irgend einer kriegsführenden Nation beansprucht werden könne. Das Gesetz der Nationen in diesen Angelegenheiten, worauf die Regierung der Ver. Staaten ihren Protest basierte, ist nicht neueren Ursprungs oder nur auf schiedsgerichtlichen Prinzipien begründet, die in Konventionen festgelegt wurden. Es ist im Gegenteil auf den offenbaren und zwingenden Prinzipien der Menschlichkeit begründet und ist seit langem mit der Bewilligung aller zivilisierten Nationen festgelegt worden. Nichtsdestoweniger bestand die kaiserliche Regierung darauf, die unangenehme Politik durchzuführen. Trotz der ernstlichen Proteste unserer Regierung begann die kaiserliche deutsche Regierung sofort mit der Durchführung der von ihr angekündigten Politik, indem sie zu gleich die Hoffnung ausdrückte, daß die dadurch entstehenden Gefahren, wenigstens die Gefahren für neutrale Dampfer, durch die seinen Landboote - Kommandanten erteilten Instruktionen bis auf ein Minimum reduziert werden würden, indem sie gleichzeitig der Regierung der Ver. Staaten die Zusicherung gab, daß sie jede mögliche Vorsichtsmaßregel treffen würde, die Rechte der Neutralen zu respektieren und die Leben der Nichtkämpfer zu beschützen. In Verfolgung dieser Politik des Landboottkrieges gegen den Handel seiner Feinde, wie er trotz der feierlichen Proteste der Regierung der Ver. Staaten angekündigt und durchgeführt wurde, haben die Kommandanten der Unterboote der kaiserlichen Deutschen Regierung einen Feldzug so unarmierter Zerstörung geführt, daß es mehr und mehr klar wurde, als die Monate verstrichen, daß die kaiserliche Deut-

W. J. Bryan wünscht Krieg zu verhindern!

Wird heute in Washington eintreffen, um gegen Bruch mit Deutschland zu protestieren. Washington, 20. April. — Repräsentant W. B. Bailey von Pennsylvania, der Führer der Friedensfreunde im Repräsentantenhaus, er hielt gestern Nacht von Wm. J. Bryan aus St. Louis ein Telegramm, daß derselbe heute nachmittags in Washington eintreffen würde, um alles in seinen Kräften Mögliche zu versuchen, einen Krieg zu verhindern.

Ford kein Kandidat für Präsident!

Detroit, Mich., 20. April. — Einem Zeitungsreporter gegenüber äußerte sich Henry Ford wie folgt: Machen Sie in meinem Namen bekannt, daß ich kein Kandidat für das Präsidentenamt bin. Ich erkläre darum, meinen Namen von dem Michigan-Ballot zu streichen und hatte keine Idee, daß man denselben auch auf den Nebraska Wahlzettel gesetzt hatte. In Pennsylvania ist wieder von mir noch von meinen Freunden etwas unternommen worden, um das Gerücht, ich möchte mich um die Präsidentkandidatur bewerben, zu rechtfertigen. Ich weiß, daß jene Bürger, die für mich getimmt haben, dieses nicht meiner Person wegen taten, sondern nur, um ihrem Gefühl gegen den wachsenden Militarismus und kriegerische Unternehmungen Ausdruck zu verleihen. Ich trage mich nicht mit vielen anderen Plänen, um meine Zeit der Politik widmen zu können; was ich von Herzen wünsche, ist, dem schrecklichen Krieg in Europa ein Ende zu machen.

Der neue Hilfs-Kriegssekretär!

Washington, 20. April. — William M. Ingraham, früherer Major von Portland, Me., ist vom Präsidenten Wilson zum Hilfs-Kriegssekretär ernannt worden. Herr Ingraham wird der Nachfolger von Breckendricks sein, der zusammen mit Sekretär Garrison resignierte. Ingraham ist 45 Jahre alt. Ausgetauschte invalide Gefangene. Berlin, 20. April. (Frankfurter Post.) — Zu Sahnitz, Preußen, im Regierungsbezirk Straßburg, traf die erste Abteilung invalider deutscher u. österreich-ungarischer Kriegsgefangener ein, welche von den Russen, im Austausch mit invaliden gefangenen Russen, freigegeben wurden. Es waren 230 Mann, darunter 69 Deutsche. Die deutsche Kaiserin schickte jedem der Leute die Hand und sprach auch ihren Dank für den guten Empfang aus, welcher den Leuten bei der Durchreise durch Schweden zuteil wurde. Die Schweden verfahren die Leute auch mit neuen Kleidern.

Kaiserliche Gabe für Dänen.

Berlin, 20. April. — Kaiser Wilhelm schickte 100.000 Mark für den Extra-Hilfsverband, welcher den Wiederbau von Städten und Dörfern in Dänemark betreibt, die 1914 bei der russischen Invasion zerstört wurden.

Die Stimmung im Kongreß gegen Krieg!

Präsident Wilson's Rede an den Kongreß wird mit geteilten Gefühlen aufgenommen!

Amerik. Zeitungen hehen, viele aber gegen Krieg!

Washington, 20. April. — Die gestern von Präsidenten Wilson an beide Häuser des Kongresses gehaltene Ansprache lautete folgendermaßen: Meine Herren vom Kongreß! In den ausmätigen Beziehungen des Landes ist eine Situation eingetreten, worüber sie offen zu informieren, ich für meine Pflicht halte. Man wird sich erinnern, daß im Februar 1915 die kaiserliche deutsche Regierung ihre Absicht mitteilte, die Großbritannien und Irland umgebende Meere als Kriegszone zu betradten und alle Handelsfahrzeuge seiner Feinde, welche an irgend einer Stelle dieses Meeres an irgend einer Stelle dieses Meeres angetroffen werden würden, zu zerstören. Gleichzeitig warnte sie sowohl die in feindlichen wie neutralen Besitz befindlichen Schiffe, diesen oben beschriebenen Gefahren fern zu bleiben, andererseits würden sie dieselben auf eigene Gefahr befahren. Die Regierung der Ver. Staaten protestierte ernstlich hiergegen. Sie nahm den Standpunkt ein, daß solche eine Politik nicht verfolgt werden könnte, ohne das Gesetz der Nationen offen und augenscheinlich zu verletzen, besonders wenn Landboote zur Durchführung dieser Kriegsführung benutzt werden würden, da die von diesem Gesetz vorgeschriebenen Regeln, welche auf den Prinzipien der Humanität ruhen und zum Schutz der Leben von Nichtkämpfern zur See festgelegt wurden, in der Natur der Sache von solchen Fahrzeugen nicht befolgt werden könnten. Sie begründete ihren Protest auf der Voraussetzung, daß Personen neutraler Nationalität und Schiffe im neutralen Besitz dem anfechtbarsten und unentzerrlichsten Risiko ausgesetzt werden würden, und daß kein Recht, irgend einen Teil der Meere gegen die Befahren abzusperren, oder sie solchen Risiko auszusetzen, regelmäßig von irgend einer kriegsführenden Nation beansprucht werden könne. Das Gesetz der Nationen in diesen Angelegenheiten, worauf die Regierung der Ver. Staaten ihren Protest basierte, ist nicht neueren Ursprungs oder nur auf schiedsgerichtlichen Prinzipien begründet, die in Konventionen festgelegt wurden. Es ist im Gegenteil auf den offenbaren und zwingenden Prinzipien der Menschlichkeit begründet und ist seit langem mit der Bewilligung und der ausdrücklichen Zustimmung aller zivilisierten Nationen festgelegt worden. Trotz der ernstlichen Proteste unserer Regierung begann die kaiserliche deutsche Regierung sofort mit der Durchführung der von ihr angekündigten Politik, indem sie zu gleich die Hoffnung ausdrückte, daß die dadurch entstehenden Gefahren, wenigstens die Gefahren für neutrale Dampfer, durch die seinen Landboote - Kommandanten erteilten Instruktionen bis auf ein Minimum reduziert werden würden, indem sie gleichzeitig der Regierung der Ver. Staaten die Zusicherung gab, daß sie jede mögliche Vorsichtsmaßregel treffen würde, die Rechte der Neutralen zu respektieren und die Leben der Nichtkämpfer zu beschützen. Das ist tatsächlich in dem feierlichen Jahre ereignete, hat gezeigt, daß diese Hoffnungen nicht unangerechtfertigt waren, und daß es unmöglich war, die gegebenen Versicherungen durchzuführen. In Verfolgung der Politik des Landboottkrieges gegen den Handel ihrer Feinde, wie er trotz der feierlichen Proteste dieser Regierung angekündigt und durchgeführt wurde, haben die Kommandanten der deutschen Unterboote mit immer größer werdender Aktivität Handelsdampfer angegriffen, nicht nur auf den Großbritannien und Irland umgebenden Meeren, sondern wo immer sie sich befinden. (Fortsetzung auf Seite 4.)